

Der BürgerBrief

Inhalt dieser Ausgabe:

Wir über uns

Neues aus den örtlichen und regionalen BürgerKonventen
(Seite 2-3)

Im Brennpunkt

Öffentlicher Wohlstand auf Pump
Fakten zur Staatsverschuldung
(Seite 4)

Streitthema Gesundheitsreform
Eine Diskussionsgrundlage des BK
(Seite 7-8)

Interview des Monats

„Staatsquote muss sinken“
Gespräch mit Prof. Dr. N. Walter
(Seite 5-6)

Andere über uns

Bonner GA vom 6. Okt. 04
(Seite 6)

Impressum

(Seite 8)

Ausgabe 15

8. Dezember 2004

Haushaltsschieflage verschlägt einem den Atem

Liebe Freunde und Mitglieder des BürgerKonvents,

sie verheißen nichts Gutes, die Zahlen, die uns dieser Tage von Bundesregierung und Expertengremien für 2005 vorgelegt werden: 22 Mrd. € Neuverschuldung, ein Wirtschaftswachstum von gerade mal 1,4 Prozent sowie 5 Millionen zu erwartende Arbeitslose lassen allerorts die Alarmglocken schrillen. Nur nicht in Berlin. Dort meint die Bundesregierung ganz offensichtlich, es sich immer noch leisten zu können, jährlich über 3 Milliarden Euro zu verschenken. So geht aus dem jüngsten Bericht des Bundesrechnungshofes hervor, dass dem Bund durch

Verschwendung und verpasste Mehreinnahmen einmalig mindestens 2,4 Milliarden Euro verloren gingen. Hinzu käme ein alljährliches Sparpotenzial von mehr als 800 Millionen Euro. Zahlen, die Dieter Engels, den Präsidenten des Rechnungshofes von einer „Schieflage“ des Bundeshaushalts sprechen lassen, die „so extrem“ sei, „dass es einem den Atem verschlägt.“ Doch was ist zu tun? Wollen wir den Anschluss in Europa nicht vollends verlieren und unseren Kindern und Enkeln keinen irreparablen Scherbenhaufen hinterlassen, ist ein sofortiger und drastischer Sparkurs unumgänglich. Angefangen mit dieser Ausgabe des Bür-

ger-Briefes wird sich der BürgerKonvent daher in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt dem Thema Staatsfinanzen widmen und in Politik und Gesellschaft für schmerzhaft, aber dringend notwendige Maßnahmen werben. Dabei bitten wir Sie, sich einzumischen und die Arbeit des BürgerKonvents auch künftig aktiv zu unterstützen.

Mit den besten Grüßen
Ihr



Thomas Grundmann
(Sprecher des Vorstands)

Kurznews

BürgerKonvent im TV

Prof. Dr. Meinhard Miegel, Sprecher des BürgerKonvents zu Gast im n-tv-Reformmagazin „Wirtschaft und Politik“

Thema:

„Deutschland und die Reformen - aktueller Stand und Ausblick“

Weiterer Diskussionsgast:

Prof. Dr. Rudolf Hickel

Dienstag, 21. Dezember
15:35 Uhr und 19:35 Uhr
in n-tv

BK-Gründung

Am 25. November wurde in Leipzig der Grundstein für den dritten örtlichen BürgerKonvent in Sachsen gelegt. Im Hotel Amadeo trafen sich dabei das örtliche Koordinatorenteam um Herrn Dr. Michael Faude sowie 15 weitere engagierte Bürger, um Aufgabenschwerpunkte zu definieren und mit den Vorbereitungen für die offizielle Gründungsveranstaltung im Januar 2005 zu beginnen. Alle Mitglieder und interessierten Bürger sind vom BK Leipzig herzlich zur Teilnahme und zum aktiven Mitgestalten „von Beginn an“ eingeladen.

Neue BK-Adresse

Nach gut anderthalb Jahren im „Bonn-Center“ hat der BürgerKonvent Anfang des Monats das Büro-Hochhaus am Bundeskanzlerplatz verlassen und seine Geschäftsstelle an den Rand des weit aus zentraler gelegenen Hofgartens verlegt. Dort bildet der BK seit dem 6. Dezember eine Bürogemeinschaft mit der Bonner Stiftung „Aktion Gemeinsinn“. Die neue Anschrift:

BürgerKonvent e.V.

Am Hofgarten 10

53113 Bonn

Die Kontaktdaten für Telefon-, Fax- und e-Mail-bleiben unverändert.

News-Angebot

Ab sofort bietet der BürgerKonvent den Besuchern seiner Internetseiten einen themenspezifischen Nachrichtenservice an. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Presse Agentur (dpa) informiert der BK dabei tagesaktuell über die neuesten Entwicklungen in Sachen (Reform-)Politik. In den kommenden Wochen soll der neue Service erweitert werden und den Internetnutzern dann die Möglichkeit bieten, in entsprechenden Foren direkt über die jeweiligen Themen zu diskutieren.

www.buergerkonvent.de

Neues Koordinatorenteam beim BK Düsseldorf



v.l.n.r.: Alexander Führer, Brigitte Heimer, Günther Haberland

Ein neues Koordinatorenteam leitet seit dem 8. November die Geschicke des BürgerKonvent Düsseldorf. Für die Dauer von zunächst einem Jahr wurden die Lehrerin Brigitte Heimer, der Steuerberater Alexander Führer und der Unternehmer Günther Haberland von der örtlichen Mitgliederversammlung in die Leitungsfunktion gewählt. Heimer, Führer

und Haberland treten damit die Nachfolge von Marie-Luise Neubert, Petra Rohe und Wolfgang Orth an, die für die Gründung des BürgerKonvent Düsseldorf sowie für den Aufbau der örtlichen Arbeitskreise verantwortlich zeichneten. Der Vorstand des BürgerKonvent e.V. bedankt sich an dieser Stelle herzlich für die geleistete Aufbauarbeit.

Bereits im Anschluss an ihre Wahl kündigten die neuen Koordinatoren die Durchführung einer großen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im Januar 2005 an. Anlässlich seines einjährigen Bestehens wird sich der BürgerKonvent Düsseldorf dabei noch einmal den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt vorstellen und für eine aktive Mitarbeit werben. Nähere Informationen zu der geplanten Veranstaltung erhalten Sie in Kürze auf den BK-Internetseiten unter www.buergerkonvent.de. Selbstverständlich sind interessierte Bürgerinnen und Bürger schon jetzt herzlich eingeladen, im BK Düsseldorf und seinen Arbeitskreisen „Bildungsreform“, „Reform der Sozialen Sicherungssysteme“, „Staatsfinanzen“ und „Wirtschaft / Arbeitsmarkt“ mitzuwirken.

Thema des Monats

Ab Januar 2005 benennt der BürgerKonvent sechs mal jährlich ein so genanntes „Thema des Monats“, das er bundesweit in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellen wird. Mit Hilfe seiner Projektgruppen sowie der insgesamt 16 örtlichen Konvente wird der BK dabei aktive Aufklärungsarbeit leisten, Umfragen durchführen und die direkte Diskussion mit politischen Entscheidungsträgern suchen. Das erste Thema des Monats lautet: **„Reformstau durch Blockadepolitik - braucht die Bundesrepublik mehr direkte Demokratie? Der BK lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich an der Diskussion und den Aktionen zum Thema des Monats zu beteiligen. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie in Kürze auf den Internetseiten des BK.**

Die örtlichen BürgerKonvente und ihre Ansprechpartner


BK Berlin	Hans-Günther Lind	berlin@buergerkonvent.de
BK Bielefeld / OWL	Martin Pohlmann	bielefeld-owl@buergerkonvent.de
BK Bonn	Norbert Anhalt	bonn@buergerkonvent.de
BK Dresden	Christoph Hille	dresden@buergerkonvent.de
BK Düsseldorf	Alexander Führer	duesseldorf@buergerkonvent.de
BK Essen / Ruhr	Ulrich Finck	essen@buergerkonvent.de
BK Frankfurt/M.	Patrick v. Stauffenberg	frankfurt@buergerkonvent.de
BK Hamburg	Ursula Hein-Boye	hamburg@buergerkonvent.de
BK Hannover	Prof. Dr. Gisela Fischer	hannover@buergerkonvent.de
BK Leipzig	Dr. Michael Faude	leipzig@buergerkonvent.de
BK München	Gabriele Jahn	muenchen@buergerkonvent.de
BK Nordhessen	Dr. Thomas Raddatz	nordhessen@buergerkonvent.de
BK Rhein-Neckar	Paul Bauser	rhein-neckar@buergerkonvent.de
BK Schleswig-Holstein	Jürgen Geertz	s-h@buergerkonvent.de
BK Schwarzenberg	Christian Becher	schwarzenberg@buergerkonvent.de
BK Stuttgart	Claus-Dieter Müller-Hengstenberg	stuttgart@buergerkonvent.de

Beweg Dich - damit sich was bewegt!

Es ist an der Zeit, dass wir aufhören, auf ein wie auch immer geartetes Wunder zu warten, das uns zurückbringt zu den "guten alten Zeiten", in denen staatliche Vergünstigungen und Versorgungsleistungen aller Art eine Selbstverständlichkeit waren. Dieses Wunder wird nicht geschehen. Zwar ist inzwischen eine überparteiliche Reformpolitik in Gang gebracht worden, viele Institutionen erscheinen aber als völlig verkrustet, dienen sich nur noch selbst. Dass etwas geschehen muss – darin sind sich zwar die meisten unter uns einig. Doch was? Und wie? Zur Kasse soll immer nur der jeweils andere gebeten werden. Veränderungen erfordern immer Mut und Zuversicht – vor allen Dingen

dann, wenn diese Veränderungen schwerwiegend sind und voraussetzen, dass man zugunsten anderer verzichtet und etwas tut, was man eigentlich nicht tun möchte. Wir, die Aktion Gemeinsinn und der Bürger-Konvent, wollen Sie mit unserer gemeinsamen Kampagne mit ganz konkreten Hinweisen und praktischen Beispielen zu eigenem Handeln ermutigen. Unser Ziel ist eine tatsächlich funktionierende Bürgergesellschaft. Eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne mehr Verantwortung übernimmt – für sich und für das Gemeinwohl. Also: Springen Sie über Ihren Schatten, machen Sie mit. Es lohnt sich.

Weitere Informationen unter www.beweg-dich.info oder Tel.: 0700 / 239 343 42



Alles Jammern und Murren hilft nichts. Damit sich in diesem Land etwas bewegt, müssen wir über den eigenen Schatten springen – auch wenn es schwer fällt. Geben Sie sich einen Ruck, machen Sie mit: www.beweg-dich.info oder 0700 / 239 343 42. Es lohnt sich. Für uns alle.

AKTION GEMEINSINN BÜRGER KONVENT

Die wirtschaftliche **Komplettlösung**

Bringen Sie **Ihr Unternehmen** auf den richtigen digitalen **Weg**

Ihre **digitale Kommunikation** ist bei uns in sicheren Händen und von Anfang an auf **Effizienz** gepolt. Wir schaffen die **richtigen Wege** für eine effiziente und schnelle Kommunikation zwischen Ihrem Unternehmen und Ihren **Kunden**.

Unser Portfolio:

- Internet- und Intranetlösungen auf Basis von Content Management Systemen
- Individuelle Datenbank und Softwareentwicklung
- Barrierefreie Internetauftritte
- Online Marketing
- Redaktion und inhaltliche Betreuung von Internetauftritten
- E- Commercelösungen
- 3D Visualisierung

Sprechen Sie mit uns über Ihre **individuelle Onlinestrategie**:

sunzinet
eBusiness solutions

Königswinterer Str. 705-709
D-53227 Bonn

Fon: +49 (228) 969 57-60
Fax: +49 (228) 969 57-78

www.sunzinet.com
info@sunzinet.com

Öffentlicher Wohlstand auf Pump — Staat muss Schulden abbauen

Im Privatleben bemühen sich die meisten von uns, ohne größere Schulden über die Runden zu kommen. Nur ausnahmsweise, wie beim Erwerb eines Hauses oder Autos, nehmen wir einen Kredit auf, den wir möglichst schnell wieder tilgen. Bund, Länder und Gemeinden verhalten sich

anders. Seit Mitte der siebziger Jahre kennt der Schuldentrend nur eine Richtung: aufwärts. Das gilt selbst dann, wenn der gleichzeitig zunehmenden Wirtschaftskraft, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), Rechnung getragen wird. Gemessen an diesem BIP lag die Schuldenlast des Staates 1970 erst bei

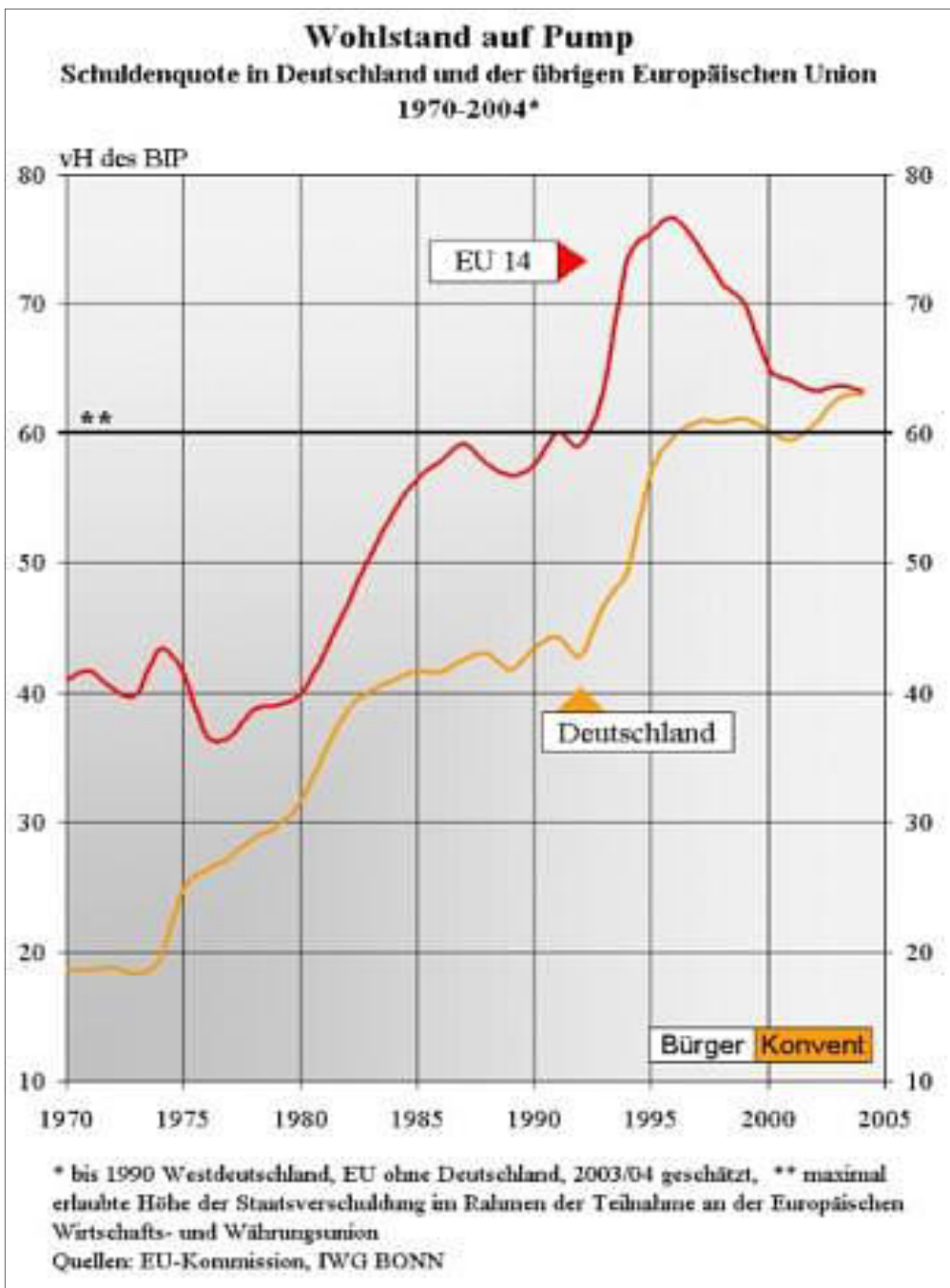
knapp 20 Prozent. Zehn Jahre später, 1980, lag sie bereits bei mehr als 30 Prozent, 1990 bei weit über 40 Prozent und 2000 bei genau 60 Prozent. Mit 64 Prozent hat sie gegenwärtig ihren bisherigen Höchststand erreicht. Zwar finden im Schuldenanstieg seit 1990 auch die Kosten der deut-

schen Wiedervereinigung ihren Niederschlag. Sie können jedoch den Schuldenberg von mittlerweile 1.340 Milliarden Euro, das sind rund 16.000 Euro pro Kopf der Bevölkerung, nur zum kleineren Teil erklären. Diese Schulden lasten schwer auf uns. Würden jene 1.340 Milliarden Euro wie eine sechszehnjährige Hypothek mit 30-jähriger Laufzeit behandelt, müsste diese von uns jährlich mit rund 100 Milliarden Euro oder täglich mit 275 Millionen Euro bedient werden.

Mit einem Schuldenstand von 64 Prozent des BIP verletzen wir Deutschland zugleich die in Maastricht vereinbarten Stabilitätskriterien. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass die anderen Mitgliedsländer der EU im Durchschnitt ebenso hoch verschuldet sind wie wir. Schwach ist der Trost nicht zuletzt deshalb, weil die anderen mittlerweile den Abstieg vom Schuldengipfel angetreten haben, während wir noch weiter aufsteigen.

Der Grund: In Deutschland ist dem Staat das rechte Maß abhanden gekommen. Er wirtschaftet weithin ineffizient, vor allem aber hat er zu viele Aufgaben an sich gezogen. Wir Bürger müssen wieder mehr selbstverantwortlich regeln. Sonst werden uns die Abgaben erdrücken. Denn es stimmt, was aus berufenem Munde zu hören ist:

Die Schulden von heute sind die Abgaben von morgen.



„Staatsquote spiegelt Mentalität der Deutschen wider“ Interview mit Prof. Dr. Norbert Walter, Chef-Volkswirt der Deutschen Bank Gruppe

BK: Die Staatsverschuldung steigt seit gut zehn Jahren massiv an. Die Neuverschuldung beschleunigt sich sogar, ausgeglichene Haushalte sind derzeit utopisch. Welche Auswirkungen wird dies auf die Bürger in zwanzig Jahren haben?

Prof. Dr. Walter: Die Staatsverschuldung stellt nur den sichtbaren Teil des Eisberges dar. Der weit größere Teil, die so genannte implizite Staatsverschuldung, schlummert – für die Öffentlichkeit kaum sichtbar – in den sozialen Sicherungssystemen. In einer globalisierten Welt mit mobilen Produktionsfaktoren kann dieser Schuldenberg nur begrenzt über höhere Steuern und Abgaben abgeschmolzen werden. Sehr wahrscheinlich wird der Leistungskatalog des Staates erheblich ausgedünnt werden.

Das bedeutet im Klartext, dass die Bürger heute Beiträge an die Sozialversicherung zahlen, für die sie in 20 Jahren keine adäquaten Gegenleistungen erhalten werden – die Verzinsung wird negativ sein. Prinzipiell gäbe es auch die Möglichkeit, aus dem Schuldendilemma heraus zu wachsen. Für höhere Wachstumsraten ist aber eine entschlossene Reformpolitik nötig, die auch liebgewordene Besitzstände beschneidet. Die Staatsverschuldung zwingt uns in jedem Fall zu Verzicht oder größerer Anstrengung, wir können nur noch wählen, ob wir dies lieber heute, oder lieber in der Zukunft tun

BK: Bundesfinanzminister Hans Eichel hat den Bundeshaushalt und damit die Neuverschuldung zu verantworten. Die eigentlichen Ursachen liegen jedoch in anderen Ressorts. Welche Maßnahmen könnte Herr Eichel ergreifen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen?

Prof. Dr. Walter: Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen bleibt nur der Weg der Ausgabenkürzungen. Einnahmeerhöhungen durch Heraufsetzen der Steuersätze sind in Deutschland ökonomisch unsinnig und unmöglich – so geschehen bei der Tabaksteuer. Ein Anstieg des Wirtschaftswachstums würde zu höheren Steuereinnahmen und weniger Transferzahlungen an Arbeitslose führen. Mehr Wachstum kann aber genauso wie ein höherer Bundesbankgewinn nicht beliebig vom Bundesfinanzminister herbeigeführt werden.

Herr Eichel muss seine Kollegen im Kabinett zum Sparen anhalten um Ausgabenkürzungen zu erreichen. Die Streichung der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale sind geeignete Mittel um das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Die Abschaffung der Pendlerpauschale ist zu befürworten. Es ist nicht einzusehen, warum die Entscheidung in der Stadt zu leben und hohe Mieten und Immobilienpreisen zu bezahlen, mit einer höheren Steuer verbunden ist, da Tagespendler bei ihrer Wohnortwahl und ihrem langen - ökologisch unerwünschten Arbeitsweg



Deutsche Bank Chef-Volkswirt Prof. Dr. Norbert Walter

finanziell unterstützt werden.

Das Kürzen der Ausgaben muss gezielt durchgeführt werden. Eine Vorgabe einer undifferenzierten, prozentualen Beschränkung der Ausgaben ist nicht sinnvoll. Um die Effizienz der Staatsausgaben zu erhöhen sind Subventionskürzungen eine geeignete Maßnahme.

Gezielte Subventionskürzungen für nicht wettbewerbsfähige Unternehmen stellen eine dauerhafte Lösung zur Behebung des Haushaltsdefizits dar, ganz im Gegensatz zur Veräußerung von Tafelsilber wie es derzeit geschieht. Der Verkauf von Forderungen des Bundes oder die Realisierung von Privaterlösen

sind keine nachhaltigen Lösungen zur Sanierung der Staatsfinanzen.

BK: Die enorme Staatsquote – sie liegt inklusive der Sozialabgaben bei deutlich über fünfzig Prozent – ist nicht nur unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bedenklich. Was sagt die derzeitige Staatsquote über den Staat bzw. unsere Gesellschaft aus?

Prof. Dr. Walter: Die Staatsquote spiegelt die Mentalität der Deutschen wider – nämlich das Verlangen nach Sicherheit, sozialem Ausgleich und nach staatlicher Versorgung.

Fortsetzung auf Seite 6

Weitere interessante Analysen von Prof. Dr. Walter finden Sie auch im Internet unter der Adresse www.norbert-walter.de

Fortsetzung von Seite 5

Gleichzeitig bedeutet eine Staatsquote von rund 50 Prozent, dass wir unser Wirtschaftssystem nicht mehr guten Gewissens als Marktwirtschaft bezeichnen können. Bedenkt man, dass zahlreiche Regulierungen wie der Kündigungsschutz oder das Ladenschlussgesetz – gar nicht in der Staatsquote berücksichtigt werden, wird das Bild noch ungünstiger. Der Deutsche vertraut offenbar der staatlichen Lösungsgewalt eher als dem Marktprinzip, das weltweit für die Beseitigung von Armut und für materiellen Wohlstand gesorgt hat. Mir macht aber Mut, dass die nachwachsenden Generationen offenbar mehr Verlangen nach Freiheit, auch nach wirtschaftlicher Freiheit haben. Mittelfristig sehe ich deshalb eine sinkende Staatsquote.

BK: Unabhängig davon, welche Partei regiert, wird Geld in großem Ausmaße verschwendet oder für fragwürdige Zwecke wie bspw. Kohlesubventionen verwendet. Dieses Geld wird von Arbeitnehmern erwirtschaftet. Welche Möglichkeiten sehen Sie für den Bürger, sich gegen die Verschwendung von Steuergeldern zu wehren?

Prof. Dr. Walter: Es wäre naiv zu glauben, dass sich alle Politiker jederzeit gemeinwohlorientiert verhalten. Politiker verfolgen – wie alle anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure auch – eigene

Interessen. Ein wichtiges Ziel von Politikern ist der Machtgewinn bzw. der Machterhalt. Um Wahlen zu gewinnen müssen aber die Interessen kleiner, gut organisierter Gruppen befriedigt werden. Es ist ein altes Spiel, diesen Gruppen deutlich spürbare Vorteile – z.B. Kohlesubventionen – zu verschaffen, die Kosten aber auf die große, anonyme Masse abzuwälzen. Daraus resultiert die so genannte Fiskalillusion, also der Glaube, die staatliche Wohltat sei kostenlos.

Dieses Spiel funktioniert umso besser, je weniger Vertrauen die Gesellschaft in die marktwirtschaftliche Koordination hat und je weniger Chancen derjenige, der das Spiel durchschaut, hat, sich dieser „Rent Seeking-Society“ zu entziehen. Die Politik kann die Rechnung aber nicht ohne die Globalisierung machen, denn der Druck von außen steigt.

Wir erleben schon heute, dass sich alte Koalitionen auflösen, Vernunft greift um sich. Diese Entwicklung muss weitergehen. Es steht aber auch jedem Einzelnen frei, sich nicht reflexartig gegen jede Reform zu stellen, nur weil durch sie die eigenen Pfründe gefährdet werden.

BK: Prof. Dr. Walter, wir bedanken uns für dieses Gespräch.

(Das vollständige Interview ist ab sofort auch auf den Internetseiten des BK unter www.buergerkonvent.de veröffentlicht.)

Andere über uns

Bonner Generalanzeiger vom 06.10.2004

„Föderalismus zwischen Krankheit und Erkranktem“

Von Ekkehard Kohrs

BONN. Der Föderalismus ist ins Gerede gekommen. Nichts geht mehr, könnte man überspitzt sagen. Unter Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering berät eine Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismuskommission) in erster Linie über eine Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern. Zwischen Bund und Ländern gibt es eine Vielzahl von finanziellen Verflechtungen, vermischten Verantwortungen und gemeinschaftlichen Aufgaben. Gestern Abend befasste sich auch der in Bonn ansässige „BürgerKonvent“ mit dieser Problematik. Im Universitätsclub referierte der emeritierte Bonner Professor für öffentliches Recht, Josef Isensee, über „Die Reform des Staates und der föderalen Ordnung“. Der 67-jährige Jurist und renommierte Gutachter präsentierte seine Meinungen in einer teilweise launigen, aber ernst gemeinten Mischung aus Ironie und Sarkasmus. „Die selbst approbierten Ärzte der deutschen Politik sagen nicht, wer krank ist.“ Sei der Föderalismus krank oder kranke der Bundesstaat am Föderalismus? Schnell wurde klar, dass Isensee ein großer Befürworter des Föderalismus ist. Der Professor: „Hände weg von der Länder-Neugliederung.“

Ausführlich ging Isensee auf die drei wichtigsten Punkte ein: Kompetenzverteilung, Finanzausstattung, Länder-Neugliederung. Die Föderalismuskommission befasste sich aber nur mit der Kompetenzverteilung. Den Ländern blieben nur Restmaterien und auch die würden noch vom Bund wegen dessen Finanzhoheit überlagert. Der Referent erinnerte daran, dass im Bundesrat nicht die Landtage das Sagen haben, sondern die Landesregierungen. Das sei eine Erniedrigung der Wahlkörperschaften. Es stimme auch nicht, dass der Bundesrat ein Blockadeinstrument gegen die Bundesregierung sei. Es liege am Bund, ob es dazu komme, weil er nur die Hände von Eingriffen in die Exekutive lassen müsse. Hart ging Isensee mit der Finanzausstattung ins Gericht, sprach gar von einem „korrupten Föderalismus“. Er meinte jene Versuche der Regierung, sich die Zustimmung einzelner Länder mit Geldzusagen zu erkufen. Ein Argument für den Wegfall von Ländern sei neuerdings Europa. Isensee: „Wenn wir Europa aushalten wollen, dann werden wir doch 16 Länder ertragen.“

Sie können
schimpfen.
Oder
spenden.

Streitthema Gesundheitsreform

Eine Diskussionsgrundlage der Projektgruppe Gesundheit des BürgerKonvents

Vorbemerkung

Die Position von Gesundheit hat sich mit dem neu definierten Wertesystem unserer modernen Gesellschaft gewandelt. Sie ist nicht mehr nur Ausdruck schicksalhafter Betroffenheit von Krankheit, sondern wird auch zur Folge einer kontinuierlichen durch gesundes Verhalten geprägten Lebensleistung. Dabei spielen individuelle Prioritäten der Lebensqualität eine entscheidende Rolle, sodass Gesundheit dem einzelnen Bürger entsprechend mehr oder weniger wert ist.

Die lohnabhängige Beitragsfinanzierung der GKV muss als nicht zukunftsfähig betrachtet werden. Medizinische Innovationen werden – wie in der Vergangenheit – auch, ebenso wie eine mögliche Einkommensschwäche der GKV durch wirtschaftliche Faktoren in der Zukunft zu Beitragserhöhungen führen, will man die allgemeine Verfügbarkeit für die Bevölkerung aufrecht erhalten. Um diesen ständig wandelnden Bedingungen gerecht zu werden, sind strukturelle Änderungen erforderlich.

Eine Reform unseres Gesundheitssicherungssystems sollte vor allem folgende Ziele verfolgen:

1. Die Erhaltung unserer hochwertigen medizinischen Versorgung.
2. Die Erhaltung eines solidarischen Elementes der Finanzierung zumindest in einem Kernbereich.

3. Die Übertragung von mehr Eigenverantwortung auf den Bürger für seine Gesunderhaltung und die Absicherung seiner Gesundheitsrisiken.

Grundzüge der Reform

1. Beschränkung der GKV auf eine Grundsicherung zur Abwendung lebensbedrohlicher Gesundheitsstörungen und Erkrankungen mit der Wahrscheinlichkeit von Folgeschäden im Nichtbehandlungsfall.

2. Einbeziehung aller Bürger einschließlich der Beamten und Selbständigen in die Grundversorgung und ihre Finanzierung.

3. Die staatliche Fürsorgepflicht beschränkt sich auf die Sicherstellung der Maßnahmen, für deren Gewährleistung der Einzelne nicht aufkommen kann wie bevölkerungsmedizinische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Emissions- und Lärmschutz, Wasser- und Lebensmittelreinheit) sowie auf bestimmte Spezialprogramme (bspw. zur Schwangerenfürsorge, Suchterkrankungen).

4. Die Finanzierung dieser GKV-Basisversorgung erfolgt einkommensbezogen durch einen einheitlichen prozentualen Anteil am jeweiligen Einkommen aller Bürger verbunden mit dem kompletten Fortfall der bisher als Lohnnebenkosten vom Einkommen abgezogenen Krankenkassenbeiträge. Damit ist gewährleistet, dass die Allgemeinlasten gerechter verteilt werden als

über die Lohnnebenkosten. Die Höhe des Beitrages ist so zu bemessen, dass das Gesamtaufkommen jeweils zur Deckung der Gesamtaufwendungen der GKV ausreicht, und ist ggf. jährlich diesem Aufwand anzupassen. Steigende Ausgaben sind dabei entweder durch eine Erhöhung des Beitrags oder durch Begrenzung der Leistungen auszugleichen.

5. Errichtung möglichst einer einzigen zentralen Krankenkasse, z. B. in Verbindung mit der BfA, die den einkommensbasierten Gesamtetat verwaltet und die Kosten mit allen Leistungserbringern direkt abrechnet. Die bisherigen zahlreichen gesetzlichen Krankenkassen sind dann überflüssig.

6. Verweisung aller über die Grundversorgung hinausgehenden Leistungen auf freiwillige private Zusatzversicherungen und damit Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten für eine ausreichende Gesundheitsvorsorge. Damit kann jeder, der daran interessiert ist, auf eigene Kosten entsprechend seinen Bedürfnissen und individuellen Risiken eine weitergehende medizinische Versorgung in Einzelverträgen privat absichern.

Die tarifliche Ausgestaltung der Verträge kann dem Markt überlassen werden. Gleichwohl sind strenge Qualitätsregeln von den Kassen einzuhalten und nachzuweisen. Behandlungskosten, die einer definierten Ursache folgen,

müssen vom Verursacher getragen werden (z.B. im Haftpflichtbereich: ohne Gurt oder mit Alkohol am Steuer kein Versicherungsschutz. Wer eine Schlägerei anfängt, muss die Wundversorgung bezahlen, wer Ski fährt, sollte seine Kreuzbänder versichern und eine private Haftpflicht besitzen.)

7. Alle Patienten erhalten eine Auflistung der Leistungen und Kosten ihrer in Anspruch genommenen Leistungen in der GKV und Rechnungen über die privat versicherten Zusatzleistungen. Die Zahlungsmodalitäten hierfür können unter den Beteiligten frei vereinbart werden.

8. Die Pflegeversicherung hat sich weder inhaltlich noch finanztechnisch als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung bewährt und sollte nach einer verfassungsrechtlich unbedenklichen Übergangszeit in das vorgeschlagene neue System der GKV eingegliedert werden.

Übereinstimmend damit, dass die GKV nur für die medizinische Basisversorgung zuständig ist, kann sie auch nur eine Basispflege übernehmen. Zusätzlich können weitere Pflegeleistungen über private Anbieter abgesichert werden.

Fortsetzung auf Seite 8

Buchtipps

„Mehr Wachstum für Deutschland!“



In diesem Buch zeigen die Autoren (Wirtschaftsexperten aus dem Think-Tank DB Research der Deutschen Bank), wo Deutschlands Schwächen liegen und wie sie zu beheben sind.

N. Walter / K. G. Deutsch
444 Seiten, Euro 34,90
ISBN 3-539-37529-X

Impressum

Herausgeber:

BürgerKonvent e.V.
Am Hofgarten 10
53113 Bonn

Verantwortlich i.S.d.P.:

Thomas Grundmann
Vorstandssprecher

Redaktion:

Andreas Hegel
Ingo v. Gerlach

Kontakt:

Tel.: 0228 / 90 24 10
Fax: 0228 / 90 24 111
Mail: info@buergerkonvent.de
Web: www.buergerkonvent.de

Auflage:

14.800 Exemplare

Fortsetzung von Seite 7

Vorteile der vorgeschlagenen Strukturreform

1. Verwirklichung des Prinzips, dass die eigene Gesundheit und deren Absicherung weitgehend, d.h. insbesondere hinsichtlich der selbst beeinflussbaren Krankheiten in die individuelle Verantwortung übergeht.

2. Entlastung der Arbeitskosten durch kompletten Fortfall der bisher vom Arbeitgeber abzuführenden Krankenkassenbeiträge.

3. Verstärkung des solidarischen Elementes der Finanzierung der auf die Grundversorgung beschränkten GKV durch die sozial gerechtere Erfassung aller Bürger mit ihren gesamten Einkommen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit. Dafür Anspruch aller Bürger auf die Leistungen der GKV. Die damit verbundene Einbeziehung auch der Beamten ermöglicht einen Einstieg in die Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Sonderstellung der Beamten bei der Gesundheitsvorsorge.

Entlastung der Geringverdienenden durch Fortfall des Lohnabzugs der Kassenbeiträge und dadurch freie Mittel für sie zum Abschluss

von Zusatzversicherungen. Stärker belastet werden nur die Besserverdienenden, bei denen der neue einkommensbezogene Beitrag den bisherigen vom Lohn abgezogenen Kassenbeitrag übersteigen kann.

4. Anpassungsfähigkeit des Systems hinsichtlich wechselhaften Versorgungsbedarfs und wechselhafter GKV-Einnahmen durch die Flexibilität der privaten individuellen Zusatzversicherung.

5. Steigerung von Transparenz des Kosten- und Leistungsgefüges und von Gesundheitswissen in der Bevölkerung.

6. Entlastung der Staatsfinanzen, denn Beitragserstattungen für Geringverdienende aus allgemeinen Steuermitteln sind nicht erforderlich, da alle Bürger, die über kein steuerpflichtiges Einkommen verfügen, automatisch beitragsfrei in der GKV versichert sind.

7. Verwaltungsvereinfachung: Die Vielzahl unterschiedlicher gesetzlicher Krankenkassen kann entfallen und damit auch der umstrittene Risikostrukturausgleich. Dadurch können vermutlich hohe Summen an Verwaltungskosten eingespart werden.

8. Zukunftssicherheit: Das vorgeschlagene neue System ist auch im Falle einer weiter ungünstigen demographischen Entwicklung, steigender Arbeitslosigkeit oder einer weiteren Verteuerung der Gesundheitskosten zukunftssicher. Es bedarf keiner ständigen Nachbesserung der Reform als solcher. Entsprechende Entscheidungen erfordern und fördern zugleich eine transparente gesellschaftliche Diskussion. Durch die variablen Möglichkeiten der privaten Zusatzversicherungen können Einschränkungen des Leistungskatalogs der GKV andererseits aufgefangen werden. Die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit des Gesundheitswesens bleibt erhalten.

Weitere Perspektive

Die BK-Projektgruppe Gesundheit betrachtet ihre Tätigkeit als einen kontinuierlichen Prozess. Die vorliegenden Thesen bilden einen ersten der derzeitigen Situation in der Gesellschaft und der Gesundheitspolitik angemessenen Schritt in Richtung Reform. Weitere Ideen zur Ausgestaltung liegen vor und werden mit dem Fortschreiten der Arbeit und den sich ändernden Verhältnissen berücksichtigt.

Der BürgerKonvent e.V.

Am 24. März 2003 wurde der BürgerKonvent e.V. gegründet. Er ist überparteilich, unabhängig und gemeinnützig. Der BürgerKonvent e.V. hat den satzungsgemäßen Auftrag, an der politischen Willensbildung der Bevölkerung durch staatsbürgerliche Bildung sowie die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft in Deutschland und Europa mitzuwirken. Insbesondere hat er

- eine freiheitliche, den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft verpflichtete Politik vorzubereiten und zu begleiten,
- Konzepte zu entwickeln, die die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas verbessern,
- die Bevölkerung durch die Verbreitung der entwickelten Konzepte aufzuklären und zu bilden.

Der BürgerKonvent e.V. verfolgt keine politischen Zwecke im Sinne der einseitigen Beeinflussung der politischen Meinungsbildung oder der Förderung politischer Parteien. Er ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.